Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 50. Woche vom 8. Dezember bis 14. Dezember 1 Billion M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M. Einzelnummer 200 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 285 | Dresden, Sonnabend den 8. Dezember 1923 | 34. Jahrg.

Volksgericht in England

Beseitigung der konservativen Herrschaft — Gewaltiges Anwachsen der Arbeiterpartei

London, 8. Dezember. Das vorläufig endgültige Wahlergebnis (kleine Berichtigungen können noch erfolgen) stellt sich wie folgt. Es haben Mandate erhalten: Konservative 261 (bisher 335), Arbeiterpartei 191 (144), Liberale 152 (117), Unabhängige 10. Damit ist die konservative Mehrheit beseitigt. Die Konservativen verloren 74 Sitze, die Arbeiterpartei gewann 45, die Liberalen gewannn 35 Sitze. Das Kabinett Baldwin muß zurücktreten. Die Bildung einer konservativ-liberalen Koalitionsregierung ist ins Bereich der Möglichkeit gerückt.

•

Das ist bedeutsame Kunde, die das englische Volk in die Welt schickt: Niederbruch der konservativen Mehrheit, Beseitigung der Schutzzollgefahr, Verurteilung der Duldung der Poincaréschen Gewaltpolitik am Kontinent. Und diesen großen Ergebnissen wird als positives hinzugefügt: Gewaltiges Wachstum der Arbeiterpartei! Die Volksmassen wandten sich von den Konservativen ab und strömten über die Liberalen hinweg zur Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei gewann 47 Mandate, erhöhte ihre Sitze von 144 auf 191 und bildet so in dem etwas über 600 Mitglieder zählenden Unterhause bereits rund ein Drittel. Das ist eine Position, wie sie auch von Optimisten nicht als sicher erwartet werden konnte. Es ist erfreulich, daß die Agitation der Arbeiterpartei, wie die Berichte meldeten, in den meisten Bezirken durchaus in sozialistischem Geiste getrieben wurde, so daß auf ziemlich klare Klassenpolitik der Fraktion zu rechnen ist. Neben einigen empfindlichen Verlusten bekannter Arbeiterführer stehen hocherfreuliche Gewinne, besonders in den fortgeschrittenen Industriebezirken und Handelsstädten. Der gradlinige Aufstieg der Arbeiterpartei von Wahl zu Wahl berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die englische Arbeiterklasse trägt in ihren Händen ein gut Teil Schicksal des Proletariats desgesamten Kontinents. Was in England geschieht, hat bedeutsamste Folgen für Europa. Millionen des schaffenden Volkes blicken interessiert und hoffnungsvoll über den Kanal.

Das Schlimmste ist verhindert worden. Die konservative Alleinherrschaft ist niedergerungen, ihre weiteren reaktionären Pläne zerstört. Sobald dürfte eine konservative Diktatur nicht wiederkommen, höchstens wenn einmal die Liberalen zu den Konservativen flüchteten, um dem vernichtenden Ansturm der Arbeiterpartei zu entgehen. Doch Zukunftsmusik zu treiben ist müßig. Vorerst haben die Liberalen durch den Schachzug ihrer Vereinigung einen beachtenswerten Mandatszuwachs erhalten. Er reicht aber weder zur Regierungsbildung noch zur Führung der Opposition aus. Herr Baldwin muß zurücktreten — und dann beginnt der Lloyd-George-Nationalismus sein Handeln um Bildung einer Koalitionsregierung. Selbstverständlich werden die Konservativen wenigstens an der halben Macht teilnehmen wollen, so daß eine konservativ-liberale Koalition, wie sie unter Lloyd George seit der Mitte des Krieges bestand, wieder in die Nähe rückt. Der gerissene Zwischenpolitiker Lloyd George ist der gegebene Mann für diese Art Politik, die Kapitalismus und Imperialismus aufrecht erhält unter liberaler und „sozialer" Verbrämung. Eine Koalition mit der Arbeiterpartei dürfte für den Nationalliberalismus der englischen Handels- und Industrie-Bourgeoisie ebensowenig in Frage kommen, wie für die Arbeiterpartei umgekehrt. Eine konservativ-liberale Koalitionsregierung scheint wieder im Anzuge.

Aber diese Regierung wird eine andre Politik haben. Das ist das entscheidende. Die konservative Politik hat abgewirtschaftet, das englische Volk ist dieses Unheils müde. Der französische Imperialismus ist sich der Bedeutung der Niederlage Baldwins bewußt. Die Pariser Regierungspresse ist besorgt und niedergeschlagen, die kapitalistischen Hetzorgane sind entsetzt. Die Diktatur Poincarés in Europa ist erschüttert, sein treuester Knappe versagt ihr den Gehorsam. Es dürfte sich bald erweisen, daß jede, wie immer zusammengesetzte neue Regierung Englands wieder eine Kontinentalpolitik treiben muß, die den Lebensinteressen der hier ringenden Völker — und damit zugleich dem schaffenden England selber — gerecht wird.

Das Ergebnis des englischen Volksgerichts dürfte zu einem bedeutsamen Wendepunkte in der gesamten europäischen Lage werden.

Sie waschen ihre Hände in Unschuld

Die hochverräterischen bayerischen Regierungsmänner

München, 7. Dezember. (Eign. Drahtber.)

Durch die drei Ministerreden in der Freitagsitzung des Ständigen Ausschusses erreichte die Aussprache über die Erklärung Knillings ihren Höhepunkt. Aus der Art, wie die Reden dieser drei gegensätzlichen Ministerkollegen zusammenklangen, war schon zu erkennen, daß die zerrüttete Homogenität im bayerischen Kabinett Knilling noch einmal verkleistert worden ist. Vor Knilling sprach der demokratische Fraktionsführer Dr. Dirr.

Anschließend sprach Ministerpräsident Knilling über die jetzige Regierungskrise, erläuterte den Rücktritt bzw. das Rücktrittsgesuch des Finanzministers und verteidigte dann noch einmal im einzelnen seine von der sozialistischen Opposition schwer angegriffene Stellung. Dabei stützte er ganz im Gegensatz zu seiner Rede am Mittwoch auch den Innenminister Dr. Schweyer wegen der Vorgänge am 8. und 9. November, ein Beweis, daß unter dem Druck der Volkspartei eine Verständigung zwischen beiden erzielt worden ist. Mit allem Nachdruck dementierte Knilling dann das immer wieder auftauchende Gerücht, daß in der Putschnacht Kronprinz Rupprecht und der Kardinal Faulhaber den Generalstaatskommissar umgestimmt hätten. Ein Eingreifen beider Persönlichkeiten sei ausgeschlossen. Von neuem versicherte Knilling, daß unnachsichtlich gegen die Putschisten vorgegangen werde, daß u. a. von der Polizeidirektion München eine Reihe von Beamten ihres Dienstes schon enthoben sei und die Durchführung der Auflösung der verbotenen Kampfbund-Organisationen sowie Beschlagnahme der Waffen mit allem Ernste betrieben wird. Für die Zukunft werde dafür Sorge getragen, daß sich solche Dinge in Bayern nicht mehr entwickeln könnten. Der Schluß seiner Rede beschäftigte sich mit der angeblichen Absicht der Franzosen, die bayerische Pfalz aufzuteilen und aus dem Rest der Pfalz und dem rheinischen Hessen ein sogenanntes Departement Donnersberg zu machen. Bestünde tatsächlich eine solche Absicht in Paris, dann sei das ein Frevel; das bayerische Volk in seiner Gesamtheit würde nicht ruhen und rasten, bis ein solcher Einbruch in deutsche Lande wieder gutgemacht würde.

Der Innenminister Dr. Schweyer betonte, daß er sich mit seiner ganzen Person für eine völlige Klärung der Vorgänge am 8. und 9. November einsetzen werde. Hitler hätte das Ehrenwort gebrochen, daß er ihm wiederholt gegeben habe, und zwar dahingehend, daß er niemals einen Putsch machen werde. Er habe sich selbst die Maske vom Gesicht gerissen und auch der unverbesserlichste Optimist könne nicht mehr daran zweifeln, daß Hitler für den Bestand der öffentlichen Verhältnisse eine schwere Gefahr darstelle.

Kultusminister Dr. Matt verteidigte den in seinem bekannten Aufruf in der Putschnacht gebrauchten Ausdruck vom „Preußen" Ludendorff. Der Aufruf sei merkwürdigerweise zuerst in die Hände der neuen Männer gefallen, dann zurückgehalten und erst bekanntgegeben worden, nachdem sich die Verhältnisse bereits vollständig geändert hatten. Der Minister gab zu,

daß die politische Agitation auf den bayerischen Schulen einen unerträglichen Grad erreicht habe,

dem mit aller Energie zu Leibe gegangen werden müsse. Er gestehe zu, daß er sich getäuscht habe, sowohl in den Schülern, wie auch in vielen Lehrern. Er werde dafür sorgen, daß in Zukunft jede Politik von der Schule ferngehalten werde. Die Zugehörigkeit von Schülern zu Vereinen, in denen Erwachsene Mitglieder seien und in denen Waffenübungen vorgenommen werden, sei grundsätzlich und ohne Ausnahme verboten. Verschiedene Lehrer seien ihres Amtes enthoben und gegen andre schwebe ein Verfahren. Schwieriger sei es, den Geist auf den Hochschulen und Universitäten zu beeinflussen. Wenn es aber nicht zu umgehen sei, müsse eben, wie schon nach dem Putsch, so auch jetzt, die Polizei gegen die Studenten einschreiten.

Den Schluß der politischen Aussprache bildete eine wirkungsvolle Rede des Bürgermeisters von Augsburg, Genossen Ackermann. Er wies nach,

daß die Bayerische Volkspartei und ihre Regierung die Entwicklung bis zum Putsch des 8. November direkt und indirekt gefördert habe.

Aber das Ziel, die Nationalsozialisten in das volksparteiliche Lager zu ziehen sei mißlungen. Die so vielfach beklagte Untergrabung der Staatsautorität in Bayern datiere von dem Tage an, **an dem Herr v. Kahr durch den Staatsstreich im März 1920 ans Ruder gekommen ist.** Die Sozialisten hätten Kahr vom ersten Augenblick an stärkstes Mißtrauen entgegengebracht, weil sie gefühlt haben, daß er nicht ehrlich ist. Die Pflicht des Staatsanwalts sei ein sofortiges energisches Vorgehen gegen jene, die am 8. und 9. November Hochverrat begangen haben: Hitler, Ludendorff, Kahr, Lossow, Seißer und Poehner. Dem zunächst gemachten Verfahren gegen die Hochverräter sehen die Sozialdemokraten mit großer Skepsis entgegen, denn es fungierten als Richter ja Deutschnationale. Wie könne man da verlangen, daß unbefangen geurteilt werde. Genosse Ackermann besprach dann die politischen Verordnungen Kahrs vor dem Putsch; 12 richteten sich gegen die Sozialdemokraten, aber nicht eine einzige gegen die Nationalsozialisten, gegen deren Putschabsichten Kahr eigentlich eingesetzt worden ist. In Bayern sei eben nicht ein neuer General Yorck, sondern ein

Feldwebel Kahr

geboren worden. Ackermann gibt sodann zur Pfalzfrage eine Erklärung ab, wobei er auf die Anspielung des Ministerpräsidenten, die Sozialdemokratie solle endlich in der Pfalzfrage Farbe bekennen, eingeht. Die neueste Meldung aus Heidelberg, daß in Ludwigshafen und Kaiserslautern Besprechungen von Sozialdemokraten stattgefunden haben, nach denen das pfälzische Gebiet südlich der Queich bis Mainz einen autonomen Staat mit der Hauptstadt Mainz und unter einer Regierung Hoffmann bilden solle, sei von A bis Z erlogen.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurden sämtliche Anträge der Sozialdemokraten bis auf den einen, der die Entlassung der am Putsch beteiligten Beamten verlangt, abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß für den Hitler-Ludendorff-Putsch einzusetzen. Dieser Ausschuß, der verfassungsmäßig sowieso tagt, nimmt seine Tätigkeit allerdings erst nach Abschluß der Voruntersuchung auf.

•

Münchner Wahlbeklemmungen

München, 7. Dezember. (Eign. Drahtber.) Am Donnerstagabend fand eine Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei statt, in der über die bayerische Regierungskrise entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden. Im Gegensatz zu den Gerüchten, die von einer Personal-Union zwischen Ministerpräsidium und Generalstaatskommissar unter Kahr, ferner von Escherich als Innenminister und dem Direktor der Diskontobank-Filiale München, Dr. Hergt, als Finanzminister zu erzählen wissen, sei festgestellt, daß auf Grund der Fraktionsbeschlüsse im gegenwärtigen Augenblick von jedem Wechsel in der gegenwärtigen Zusammensetzung der bayerischen Regierung abgesehen wird. Man einigte sich auf diesen Ausweg, weil eine einheitliche Auffassung unter den verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei für eine grundsätzliche Neuorientierung der bayerischen Politik mit neuen Männern jetzt nicht zu erzielen war. Ferner spielte auch die Erwägung eine Rolle, daß die zusammen mit den Reichstagswahlen durchzuführenden Neuwahlen für den bayerischen Landtag an sich möglicherweise eine grundsätzlich neue Einstellung der bayerischen Politik herbeiführen werden.

Das Mainzer Diktat

Die verlorenen Eisenbahnen — Kein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft

SPD. Die in Mainz zwischen den Vertretern der belgisch-französischen Regie und des Reichsverkehrsministeriums getroffene Niederschrift ist von der Reichsregierung genehmigt worden, so daß die Abmachungen bereits am 10. Dezember in Kraft treten. Die Niederschrift enthält keine Anerkennung eines Rechtszustandes. Für die Regelung der Personalfrage ist u. a. folgendes vereinbart worden: Die Regie verpflichtet sich, deutsches Eisenbahnerpersonal anzustellen, fremdländisches Personal und Nichteisenbahner sind ausgeschlossen. Die Frage der Wiedereinstellung der Ausgewiesenen und der Verurteilten konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Allerdings hat die Regie das Versprechen gegeben, die Akten einer erneuten Prüfung zu unterziehen und dem Wunsch der deutschen Vertreter, wohlwollende Maßnahmen zu treffen, nachzukommen. Von den 180 000 Eisenbahnern, die bis zum 11. Januar 1923 im Gebiet der Regie beschäftigt waren, sind bis jetzt 40 000 eingestellt worden. Ueber die Lohnfrage der wiedereingestellten Eisenbahner wurde beschlossen, sich gegenseitig zu bemühen, eine Gleichstellung zu erzielen. Die Bezahlung der nicht von der Regie wiederaufgenommenen Bediensteten wird durch das Reich fortgesetzt, wobei eine klare Bestimmung für die Arbeiter nicht getroffen worden ist. Die Regie-Eisenbahner werden vorläufig die deutsche Uniform weitertragen. Ihre Dienstanweisungen sind aber von Anfang an grundsätzlich doppelsprachig. **Das Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften, Beamten und Betriebsräte verneint die Regie.**

Die von der Regie benutzten Wagenparks usw. verbleiben dem Reich. Beschädigte Wagen müssen dort ausgebessert werden, wo sie schadhaft geworden sind. Das Reich behält die Werkstätten Dortmund und Limburg in seinem Besitz, jedoch haben die Franzosen gegen Bezahlung das Recht, die Limburger Werkstätte zu benutzen. Umleitungen von Zügen sollen vor dem 11. Januar nicht erfolgen. Die Beförderungsgebühren werden von den beiden Parteien bis zu den Grenzbahnhöfen eingezogen, so daß sich eine Abrechnung grundsätzlich erübrigt. Die Regie hat die Forderung auf Wiederherstellung der Bahnanlage fallengelassen, jedoch ist das Reich zur Rückgabe von Stoffen und Geräten verpflichtet. Außerdem muß das Reich die Regie mit der Zahl von Lokomotiven ausstatten, die sich tatsächlich am 11. Januar 1923 in ihrem Gebiet befunden haben. Aber die Ueberführung der Lokomotiven an die Regie erfolgt nur in dem Maße, wie der Verkehr durch die Regie aufgenommen wird. Im deutschen Besitz bleiben die Bahnen östlich Dortmunds und die Bergstraßenbahnen. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß der Verkehr nach Holland und der Schweiz dem Reich untersteht.

Durch die Mainzer Niederschrift kommt Deutschland um ein Bahnnetz, das bisher 19 Prozent der Gesamtausgaben erforderte, dagegen aber mehr als 30 Prozent der Gesamteinnahmen erbrachte.

•

Diese Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen sowie die Aufhebung der Betriebsräterechte durch die französische Regie zeigen aufs neue, daß der französische, sich auf die Bajonette stützende Kapitalismus den deutschen Arbeitern noch gefährlicher ist als der deutsche. Dies kann auch nicht durch die Tatsache verschleiert werden, daß einige Maßnahmen Degouttes in dem Kampf zwischen dem französischen und dem deutschen Kapitalismus zeitweilig auf eine Unterstützung der deutschen Arbeiter hinauslaufen. Sobald das Ringen zwischen den beiden kapitalistischen Gruppen zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, wird sich der französische Kapitalismus mit seiner ganzen Brutalität gegen die deutschen Arbeiter wenden. Das Mainzer Abkommen dürfte nur ein Auftakt zu diesem Vorgehen sein.

Die Beseitigung des Achtstundentages

Das Reichsarbeitsministerium schreibt uns:

„Die kürzlich von dem sozialdemokratischen Abgeordneten und ehemaligen Volksbeauftragten Dittmann in Ihrer Zeitung vertretene Auffassung, daß der allgemeine Achtstundentag auch nach dem Ablauf der Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit eine gesetzliche Grundlage in dem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 habe, ist unhaltbar. Der Aufruf erwähnt den achtstündigen Höchstarbeitstag nicht im ersten Teil in der Form des Gesetzesbefehls, sondern im zweiten Teil unter den Ankündigungen weiterer sozialpolitischer Verordnungen. Trotz der Gesetzeskraft, die dem Aufruf als solchen zuerkannt worden ist, kann der Inhalt des zweiten Teiles nach seinem klaren Wortlaut nur als grundsätzliche Ankündigung, nicht als Gesetzesvorschrift gewertet werden."

•

Ob das Reichsarbeitsministerium mit dieser Auffassung im Recht ist, wollen wir jetzt nicht untersuchen. Darüber wird auch der Reichstag zu sprechen haben. Aber Recht ist eben im bürgerlich-kapitalistischen Staate Macht — und die Macht entschied, daß der Achtstundentag nicht mehr Gesetz sein soll. So wird das schaffende Volk benachteiligt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231208/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG